

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Um eine reale Bewertung des Ost-Westhandels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Um eine reale Bewertung des Ost-Westhandels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 5, pp. 243-250

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131891>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Um eine reale Bewertung des Ost-Westhandels

Auch die USA. wünschen eine Intensivierung des Ostgeschäftes

Die psychologische Wirkung des Wortes Ost-Westhandel ist keine andere beim amerikanischen Geschäftsmann als bei seinem europäischen Kollegen. Die USA. betrieben vor dem zweiten Weltkrieg einen nicht unbeträchtlichen Handel mit dem Osten und exportierten in den Jahren 1936—40 durchschnittlich 200 Mill. \$ nach den Ostländern und China. Während des zweiten Weltkrieges stieg der Export sprunghaft an: nach der Sowjetunion belief er sich in der Periode von 1941 bis 1945 auf jährlich ca. 2 Mrd. \$. 1946 erreichte er allein für Zivilgüter 358,5 Mill. \$. Der Chinaexport nahm erst 1946 beträchtlich zu und erreichte in jenem Jahr 464,8 Mill. \$. Die Einfuhren aus den genannten Gebieten spielten in allen Jahren keine allzu große Rolle, obwohl die USA. von einigen Rohstoffen und anderen strategischen Gütern aus den Ostgebieten einschließlich Rotchinas abhängig sind. (In den folgenden Ausführungen werden zu den Oststaaten alle Gebiete unter sowjetischem Einfluß gerechnet, jedoch ohne Rotchina und Nordkorea. Die Unterscheidung wird für unsere Betrachtung wichtig sein.)

Der amerikanische Geschäftsmann

Der amerikanische Geschäftsmann hat nicht genau die Export- und Importziffern der Vorkriegsjahre im Kopf; jedoch weiß er, daß ein umfangreicher Handel mit den Ostgebieten und Rotchina stattfand, den er aus patriotischen Gründen nach der Verschlechterung der Beziehungen zwischen seiner Regierung und dem Ostraum praktisch eingestellt hat: im ersten Halbjahr 1953 beliefen sich die Exporte nach den gesamten Ost-

staaten und Rotchina auf 840 000 \$ und die Importe im gleichen Zeitraum auf 24,5 Mill. \$. Auf Grund der geringen Geschäftsmöglichkeiten war das Interesse am Ostgeschäft verlorengegangen. Mit beginnendem Geschäftsrückgang im Inland und einer drohenden Absatzkrise ist der hiesige Unternehmer für das Ostgeschäft wieder hellhörig geworden und muß nun zu seinem Überdruß lesen, wie erfolgreich manche Moskau-Fahrer nach England zurückkamen und beträchtliche Kontrakte mit den Russen abschließen konnten. Als letzte Nachricht sei eine Meldung der „New York Times“ vom 16. März über die Mission Scott erwähnt, in der von Kontrakten in Höhe von 140 Mill. \$ gesprochen wird. Die Meldung mag übertrieben sein; die Phantasie des Amerikaners wird aber angeregt, und er beginnt sich zu fragen: Weshalb sollen unsere Verbündeten und Freunde solche Geschäftsvorteile haben? Wir wollen es ihnen nachmachen. Dieser Haltung gab vor kurzem der Präsident der „International General Electric“ Ausdruck, als er auf einer Tagung des „Export Managers Club“ in New York eine Neufassung der Embargolisten durch seine Regierung forderte bzw. eine Gleichstellung der amerikanischen Exporteure mit den europäischen verlangte.

Stellung der USA wird schwächer

Wie sieht es nun mit einer solchen Angleichung aus? Seit 1951 gibt es eine Anzahl von Gesetzen, die sich mit den Exporten nach den Ostgebieten und Rotchina befassen: Einmal der „Export Control Act“, der für alle strategischen Güter ein Exportverbot ausspricht und

andere Warenexporte der Lizenzpflicht unterwirft. Importe aus den Oststaaten sind frei, bleiben aber praktisch gering. Der „Trading with the Enemy Act“ hat den Chinahandel praktisch zum Stillstand gebracht, und der sog. „Battle Act“ regelt die Handelsbeziehungen der befreundeten Staaten mit dem Osten. Auf die Handhabung der amerikanischen Kontrollen soll hier nicht näher eingegangen werden, doch beschäftigen sich eine Reihe amerikanischer Dienststellen in Washington und im Ausland mit der Außenhandelskontrolle.

Das Kontrollsystem im Rahmen der Bestimmungen des „Battle Act“ obliegt der sog. Consultative Group, die auf freiwilliger Mitarbeit zahlreicher europäischer Staaten und Japans in Paris basiert und die Politik des Osthandels festlegt. Die einzelnen Warenlisten werden von zwei Komitees bearbeitet, dem COCOM. für die Oststaaten und dem CHINCOM. für Rotchina und Nordkorea. Die amerikanische Stellung in dieser Gruppe war deshalb sehr stark, weil jedem Land, das Waren der Verbotsliste nach den Oststaaten exportiert hatte, die amerikanische Wirtschafts- oder Militärhilfe entzogen werden konnte. Mit der Einstellung der FOA.-Hilfe an die meisten Staaten ist aber die amerikanische Stellung schwächer geworden, und die Mitarbeit der OEEC.-Staaten ist mehr oder weniger nur noch eine traditionelle und ein Freundschaftsbeweis gegenüber den USA.

Entwicklung des Ost-West-Handels

Nun zur Entwicklung des Handelsverkehrs mit den Ostgebieten: Von 1947 bis 1953 fielen die Exporte aller westlichen Länder nach

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

den Ostgebieten von 2 Mrd. \$ auf 1,3 Mrd. \$. Ähnlich gingen die Importe von 1948 bis 1953 von 2 Mrd. \$ auf 1,5 Mrd. \$ zurück. Der Exportindex der OEEC-Staaten fiel von 100 im Jahre 1937 auf 31 im Jahre 1953, der Importindex sogar auf 22. Nach Warengruppen gegliedert, wurden von den OEEC-Staaten im ersten Halbjahr 1953 nach den Ländern des Ostblocks exportiert: 11% Lebensmittel, 51% Rohstoffe, 22% Investitionsgüter und 13% Konsumgüter. Die wichtigsten Exportländer nach dem Sowjetblock waren 1953 Finnland mit 162 Mill. \$, Westdeutschland mit 116 Mill. \$, Großbritannien mit 97 Mill. \$, die Benelux-Länder und Schweden mit je 64 Mill. \$, Frankreich mit 61 Mill. \$ sowie schließlich Schweiz und Italien mit je 56 Mill. \$. Auf der Importseite rangierten an erster Stelle Großbritannien mit 220 Mill. \$, Finnland mit 179 Mill. \$, Westdeutschland mit 141 Mill. \$ und die Niederlande mit 61 Mill. \$. Die Ziffern für den Rotchinahandel betragen 1953 bei Exporten 275 Mill. \$ und bei Importen 425 Mill. \$; diese Ziffern liegen beträchtlich über dem Stand von 1952, sind jedoch geringer als 1951. Hauptexporteur war Hongkong mit 117 Mill. \$, Hauptimporteur ebenfalls Hongkong mit 165 Mill. \$.

Ost-Export und Battle-Act

Jedenfalls wurden aber von 1951 bis 1954 insgesamt nur für 14,4 Mill. \$ Waren nach den Ostländern exportiert, die auf der Verbotsliste des „Battle Act“ standen — verglichen mit dem Gesamtumfang des Handels mit dem Osten ein geradezu lächerlich kleiner Betrag, mit dem die USA. sehr zufrieden sein müssen, besonders wenn man berücksichtigt, daß es sich hierbei zu 74% um die Erfüllung alter Kontrakte handelt. Man kann also auf diesem Gebiet von einer wirklich guten und engen Zusammenarbeit sprechen. Einzelne Transitgeschäfte mögen nicht erfaßt worden sein, doch kommt dem Osten Material, das durch fünf bis zehn verschiedene Hände geht, so teuer zu stehen, daß sich dadurch eindeutig ein Gewinn für den Westen ergibt. Die gute Zusammenarbeit ermöglicht es auch, gemeinsame Sorgen und die Frage der Erleichterung

und Einschränkung der Verbotslisten gemeinsam zu besprechen, ohne daß es zu einseitigen drastischen Änderungen des gegenwärtigen Regimes kommt. Nach französischen, deutschen und vielen anderen europäischen Stimmen hat sich nun auch England zum Befürworter von Erleichterungen der Verbotslisten erklärt und die Öffentlichkeit in einer auch in den USA. vielbeachteten Unterhausdebatte am 22. März von bevorstehenden Forderungen informiert: die Opposition verlangte die Wiederaufnahme des unbeschränkten Chinahandels, die Regierung erklärte sich zu Verhandlungen mit den Oststaaten über das Exportregime bereit. Die Regierung sandte die Vorschläge der Wirtschaft nach Washington. Harold Stassén, der für die Durchführung des „Battle Act“ verantwortlich ist, machte sich mit einem Stab von Experten nach London auf, um die neue Politik im Prinzip mit den interessierten europäischen Staaten zu besprechen. Die erste Generaldebatte fand in London mit dem Gastland und Frankreich statt, weitere Besprechungen in anderen Ländern werden folgen.

Die USA sind kompromißwillig

Welche Haltung nehmen nun die USA. gegenüber den Forderungen Europas ein? Schon die Empfehlungen der Majorität der Randall-Commission sind klar: Einstellung der Wirtschaftshilfe für Europa zwingt zur Ausweitung des Osthandels. Präsident Eisenhower benutzt jede Gelegenheit, um die Gespräche mit dem Osten wieder in Gang zu bringen, und die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen bietet eine Möglichkeit, in Verbindung zu bleiben. Der Rat der NATO. stellte fest: „die Exportkontrollen haben ihre Wirkung, das Rüstungspotential des Ostens nicht zu stärken, im Rahmen des Möglichen erreicht.“

Aus diesen Tatsachen muß gefolgert werden, daß die USA. die Kontrolle über tatsächlich rüstungswichtige Materialien aufrechterhalten wollen. Bei nicht unmittelbar rüstungswichtigen Gütern können jedoch Erleichterungen eintreten — allerdings nur soweit der Export nach dem Osten einen eindeutigen

Gewinn für den Westen bedeuten würde. Zu dieser kompromißfertigen Haltung der USA. kommt noch die Absicht, einem allgemeinen psychologischen Effekt Rechnung zu tragen und Erleichterungen dort zu schaffen, wo zwar eine Zunahme des Handelsverkehrs erwartet werden kann, diese sich jedoch in engen Grenzen halten wird. Die russischen Importbedürfnisse auf dem Konsumgütersektor werden nach amerikanischen Quellen für 1954 wie folgt geschätzt: Butter 40 Mill. \$, Käse 3,7 Mill. \$, Fett 2,3 Mill. \$, Zucker 1,4 Mill. \$, Zitrusfrüchte 6,9 Mill. \$, Fleisch 21 Mill. \$, Fische 15 Mill. \$ und Textilien 28 Mill. \$. Von den Sowjets erwartet man weniger Getreide als vielmehr Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Mangan, Chrom, NE-Metalle und Maschinen. Die Schwierigkeiten, die die UdSSR. auf dem Exportsektor haben, gehen jedoch schon aus den Goldtransaktionen besonders mit England hervor, die auf ca. 200 Mill. \$ geschätzt werden.

Politik im Chinahandel

Die Politik der USA. gegenüber Rotchina und Nordkorea hat ein völlig anderes Gesicht. Wie schon erwähnt, ist der Handelsverkehr der USA. mit diesen Gebieten praktisch zum Stillstand gekommen; die wenigen noch stattfindenden Transaktionen umfassen die Ablieferung von bereits seit Jahren kontrahierter Ware, die sich z. T. in westlichen Lägern befindet. Die USA. planen keinerlei Änderung des Handelsembargos. Bei einer Verschärfung des Konfliktes in Indochina kann sogar mit einer totalen Blockade gerechnet werden. Es hat den Anschein, daß die USA. nur bei einer völligen Klärung der Lage anläßlich der Genfer Konferenz zur Nachgiebigkeit bereit sein werden (d. h. bei einer Aufgabe Indochinas durch die Kommunisten). Während man im Handel mit den Oststaaten wirtschaftliche Argumente gelten läßt, ist die Einstellung gegenüber Rotchina rein nach politischen Gesichtspunkten ausgerichtet; denn mit dieser Einstellung ist das Schicksal der republikanischen Partei und der Regierung (Asienpolitik vor Europapolitik) eng verknüpft. (er)

Englands Interesse am Osthandel

Solange Großbritannien Zahlungsbilanz noch so prekär bleibt, wie sie es in den letzten Jahren gewesen ist, wird jede Gelegenheit, in neue Märkte einzudringen, aufs eifrigste ergriffen. Es wäre eine Platitude zu erwähnen, daß Großbritannien ein handeltreibendes Land ist; aber wenn man sich dessen erinnert, daß ein Drittel seines Volkseinkommens aus dem Außenhandel stammt, dann wird klar, wie anfällig das Land geworden ist, seit es seine überseeischen Guthaben während des letzten Krieges hat aufbrauchen müssen. Selbst geringfügige wirtschaftliche Rückschläge bei Englands traditionellen Kunden oder eine leichte Ausweitung in den Handelsgeschäften seiner wichtigsten Konkurrenten genügen unter Umständen, eine aktive Zahlungsbilanz in eine passive umzukehren.

England und die COCOM.

Englische Erklärungen, die in jüngster Zeit zur Frage von Ost-Westhandelsgeschäften gemacht worden sind, müssen im Lichte dieser Ungewißheit gesehen werden. Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wurde auf Großbritannien Absichten in dieser Beziehung gelenkt, als Sir Winston Churchill am 25. Februar des Jahres die folgende Erklärung im Unterhaus abgab:

„Je mehr Handel durch den Eisernen Vorhang, zwischen Großbritannien einerseits und Sowjetrußland und den Satellitenländern andererseits, stattfindet, um so besser werden die Aussichten dafür sein, daß wir in zunehmendem Wohlstand miteinander leben können.“

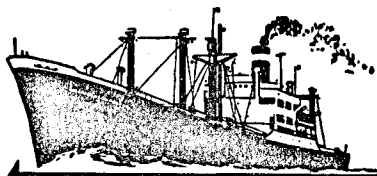
Diese Äußerung ist stellenweise als volte face ausgelegt worden. Die Debatte im Parlament, die der Erklärung des britischen Ministerpräsidenten folgte, erweckte den Eindruck, daß es zwischen den beiden wichtigsten Parteien keine Differenzen darüber gebe, daß der Ost-Westhandel nicht nur eine wünschenswerte, sondern eine vielversprechende Angelegenheit sei. Auf dem europäischen Kontinent wurde der Verdacht geäußert, daß Großbritannien bereit sei, die anderen Mitgliedstaaten des Internationalen Embargoabkommens (COCOM.) zu übervorteilen oder im Stich zu lassen.

Verdächtigungen dieser Art sind seit dem Kommuniqué vom 31. März des Jahres, das bei der Abreise von Mr. Harold Stassen, dem Leiter des amerikanischen Amtes für Auslandsoperationen, ausgegeben wurde, gegenstandslos geworden. Während seines Besuches in London hatte Stassen mit den zuständigen britischen und französischen Ministern Besprechungen über die Frage des Ost-Westhandels. Das Kommuniqué bestätigte weitgehende Übereinstimmung, die die gemeinsame Grundlage für eine in enger Zusammenarbeit mit anderen befreundeten Ländern vorzunehmende Überprüfung der bestehenden Kontrollen bietet. Auf diese Weise soll eine Ausdehnung des Handels, soweit sie mit den Erfordernissen der Sicherheit in Einklang gebracht werden kann, gefördert werden. Inzwischen ist die COCOM. in Paris beauftragt worden, die Frage

einer etwaigen Revision der Embargolisten zu prüfen. Gleichzeitig war auf Anregung der Europäischen Wirtschaftskommission die Zweite Konferenz von Handelsexperten in Genf zusammengetreten. Die Frage des Ost-Westhandels beschäftigt auch die Teilnehmer der gleichzeitig stattfindenden Konferenz der Großmächte. Wenn auch die endgültigen Ergebnisse dieser verschiedenen Beratungen in nächster Zeit noch nicht bekannt sein dürften, so scheint doch der Zeitpunkt gekommen zu sein, Englands Absichten, Vorstellungen und Maßnahmen in dieser Frage einer Untersuchung zu unterziehen.

Analyse der Stimmungen

Eine Untersuchung dieser Art muß mehr sein als lediglich eine Analyse der am 22. März des Jahres im Unterhaus abgegebenen Erklärungen. Obgleich diese die englische Meinung vielleicht nicht voll und ganz widerspiegeln, wurde ihnen seinerzeit in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit geschenkt. In seiner Kritik der Debatte ging der „Economist“ so weit, sie als eine „jämmerliche Angelegenheit“ zu bezeichnen. Nach Meinung des „Economist“ zeigte sie das völlige Fehlen des Verständnisses für die Größenordnung der zur Debatte stehenden Frage. Man muß verstehen, daß die konservativen und die Labour-Abgeordneten sich dazu verpflichtet fühlen, im Namen der Geschäftswelt und der Gewerkschaften zu sprechen, deren Interessen sie vertreten. Immerhin ist außerhalb des Parlaments über die Frage des



USA ←

NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA
BALTIMORE und HAMPTON ROADS

→ EUROPA

von HAMBURG, BREMEN und BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON ROTTERDAM, AMSTERDAM, ANTWERPEN, FRANZÖSISCHEN UND ENGLISCHEN HÄFEN

UNITED STATES LINES

HAMBURG, BALLINDAMM 1, TELEF. 3216 71 / BREMEN, MARTINISTRASSE 34, TELEF. 215 61 / BREMERHAVEN, COLUMBUS KAJE, TELEF. 69 51

Ost-Westhandels in jüngster Zeit viel nachgedacht worden, so vor allem bei Regierungsstellen, im Verwaltungsgebäude des englischen Industrieverbandes und in der Zentrale der Gewerkschaften. Darüber hinaus haben die Presse und die BBC. ihren öffentlichen Beitrag zur Diskussion geleistet.

Die Moskauer Wirtschaftskonferenz

Die Fragestellung ist nicht neu. Sie wurde im April 1952 während der Moskauer Wirtschaftskonferenz zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit gebracht. Während Stalin an seiner Theorie über die beiden voneinander getrennten Weltmärkte arbeitete, wurde Nesterow, der Präsident der sowjetischen Handelskammer, beauftragt, Geschäftsleute aus Ländern des Westens einzuladen und sie davon zu überzeugen, daß der Ost-Westhandel eine politische Entspannung bringen könnte und ein Allheilmittel für die Gebrechen der kapitalistischen Welt darstelle. Englische Regierungsstellen und Zeitungen verhielten sich abwartend, aber unter der Führung eines bedeutenden schottischen Wissenschaftlers, der jedoch über keinerlei Handelserfahrungen verfügte, reiste eine Gruppe nach Moskau und kam mit einer langen Liste sowjetischer Offerten zurück, unter denen sich an prominenter Stelle die Bereitschaft zur Abnahme englischer Textilien befand.

Die Konferenz führte allerdings zu keinerlei sowjetischen Aufträgen an Lancashire. Trotzdem scheint die Bereitschaft gewisser Geschäftsleute und Gewerkschaftsvertreter, zu vergessen und zu vergeben und von neuem anzufangen, keine Grenzen zu kennen. In den zwei Jahren seit der Moskauer Konferenz hat der britische Außenhandel mit der Sowjetunion sein bisher niedrigstes Niveau erreicht. Aber weitere Delegationen sind nach Moskau gereist, und neue Versprechungen wurden gemacht.

Kabanows Angebot

Wieder einmal wählten die Russen ihren Zeitpunkt meisterhaft. Als die Viermächtekonferenz in Berlin in ein kritisches Stadium eingetreten war und die britische öffentliche Meinung unruhig zu

werden begann, machte der sowjetische Außenhandelsminister Kabanow einem prominenten schottischen Kaufmann, der zwar über keinerlei politische Erfahrung verfügte, aber als Leiter einer Gruppe englischer Geschäftsleute zu einem Besuch nach Moskau gegangen war, ein Handelsangebot für die nächsten drei Jahre, das sich auf 4,5 Mrd. Rubel belief. Nach dem offiziellen Wechselkurs entsprach das 0,4 Mrd. £.

Optimismus und Skepsis

Die Begeisterung, mit der dieses Angebot in England aufgenommen wurde, spiegelte mehr den Wunsch nach politischer Entspannung wider, als daß sie ein Ausdruck nüchterner geschäftlicher Berechnung war. Diese Stimmung hielt für einige Monate an, aber sie scheint Anzeichen der Abkühlung zu zeigen. Im Lager der Optimisten konnte man so verschiedenartige Interessen finden wie die, die durch den "Statist" einerseits und durch den "New Statesman and Nation" andererseits vertreten werden. Demgegenüber neigten die "Financial Times" und der "Economist" dazu, der zurückhaltenden Meinung der skeptischen Londoner Geschäftswelt und der kritischen Nationalökonomien Ausdruck zu geben.

Die Rechtfertigung für eine optimistische Haltung mag vor allem in Stalins Tod zu finden sein. Nach Meinung von Harold Wilson, des ehemaligen Handelsministers, der der wichtigste Sprecher einer kleinen, aber wortreichen Gruppe von mit Sowjetrußland sympathisierenden Labourleuten ist, "waren die Jahre 1949, 1950 und 1951 eine ganz andere Zeit als die Jahre 1953 und 1954." Immerhin glaubt selbst Mr. Wilson nicht, daß "eine Ausdehnung des Ost-Westhandels alle (unsere) Wirtschaftsprobleme von allein lösen kann" oder "daß er alle (unsere) Dollarprobleme lösen könnte". Er glaubt dagegen, daß der Ost-Westhandel, obgleich er für britische Handelsinteressen nur ein Randproblem bedeutet, doch einen gewissen Beitrag zur Lösung der britischen Wirtschaftsprobleme leisten kann.

Mit der Zeit gewinnen die Meinungen der Vorsichtigen an Ein-

fluß. Sie dürften die Oberhand gewinnen, wenn erst Vernunftgründe an die Stelle von gefühlsmäßigen Reaktionen getreten sind. Der "Economist" hat von Anfang an darauf hingewiesen, daß der Ost-Westhandel nur von nachgeordneter Bedeutung ist. Selbst wenn Kabanows Angebot als bare Münze genommen wird, verspricht es einen Handel von nicht mehr als 10 Mill. £ pro Monat. Demgegenüber beläuft sich der monatliche Gesamthandel Großbritanniens auf mehr als 200 Mill. £. Man ist sich darüber im klaren, daß der offizielle Wechselkurs, der Kabanows Angebot zugrunde liegt, den wahren Wert der Offerte beträchtlich übertreibt. Darüber hinaus entfällt nach den zur Zeit bestehenden Bestimmungen mindestens die Hälfte des Angebots auf Waren, die unter das Handelsembargo fallen. Selbst wenn die Embargoliste revidiert werden sollte, dürfte ein großer Teil des sowjetischen Angebots unter den Tisch fallen.

In London hat man nicht übersehen, daß alle sowjetischen Handelsangebote jüngsten Datums ein Warengemisch darstellen, in dem Güter von strategischer Bedeutung sich gewöhnlich auf ungefähr die Hälfte des Gesamtangebots belaufen. Da die sowjetischen Staatsmänner kaum über die wichtigsten Handelsbeschränkungen im unklaren sein dürften, muß angenommen werden, daß sie bei dem Angebot erweiterten Handels von Beweggründen geleitet werden, die nur zum Teil wirtschaftlicher Natur sind und die darüber hinaus der politischen Färbung nicht entbehren.

Die Größenordnung des Osthandels

In Geschäftskreisen ist nur allzu wohl bekannt, daß einige Firmen es unterlassen, die in aussichtsreicheren Märkten bestehenden Möglichkeiten auszunutzen. Aber im ganzen ist man sich völlig darüber im klaren, daß Großbritannien traditionelle Märkte in Westeuropa, in Nord- und Südamerika, in Ozeanien und in den unterentwickelten Ländern Asiens und Afrikas liegen. Zu keiner Zeit hat der britische Außenhandel mit der Sowjetunion und den Ländern der heutigen sowjetischen Einflußsphäre mehr als einen Bruchteil des

Gesamthandels ausgemacht. Vor dem Kriege trugen die Sowjetunion 3—4%, die Länder Osteuropas 2—3% und China nicht einmal 1%, d. h. also im ganzen ungefähr 7%, zum britischen Außenhandel bei. Damit unterschied sich Großbritanniens Lage kaum von der Westeuropas, das mit etwa 6% seiner Handelsumsätze mit den Staaten, die jetzt zur sowjetischen Einflußsphäre gehören, im Austausch stand (demgegenüber belief sich Deutschlands Handel mit diesem Gebiet auf annähernd ein Sechstel seines Gesamthandels).

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hatte Sowjetrußland in den Handelsgeschäften Osteuropas sowohl als Käufer wie als Verkäufer eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Im Gegensatz zu Deutschland ergänzte sich seine Wirtschaft nicht mit den Wirtschaften dieser Länder. Sowjetische Ein- und Verkäufe beliefen sich auf nicht mehr als 1% der Vorkriegshandelsumsätze Osteuropas. Als das Vakuum, das durch den Zusammenbruch Deutschlands bei Kriegsende entstand, aufzufüllen war, war es nahezu unvermeidlich, daß das von Seiten der Sowjetunion geschehen würde. Mit einer Reihe von zwischenstaatlichen Handels- und Kreditabkommen wurden die Länder Osteuropas wirtschaftlich vom Westen losgelöst. Die Autarkie, die sich in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion aus der These vom „Sozialismus in einem Lande“ ergeben hatte, wurde in den vierziger Jahren auch zur Lösung für die Wirtschaftsentwicklung im erweiterten Raum der sowjetischen Einflußsphäre.

Die Auswirkungen der Autarkiepolitik auf den Ost-Westhandel können niemanden überraschen. Im Jahre 1950 war Großbritanniens Handel mit dem sowjetischen

Machtbereich auf 2% seines Gesamthandels zurückgegangen und war damit nicht größer als seine Ausfuhr nach Irland. Die Situation der meisten handeltreibenden Länder Westeuropas war nicht anders. Handels-, Preis- und Zahlungsbedingungen waren dergestalt, daß die sowjetische Einflußsphäre von Kaufleuten im Westen nicht länger als attraktiver Markt angesehen wurde. Das war die Situation, die die neue sowjetische Führung vorfand, als sie sich dazu entschied, gewisse Änderungen in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Die Einschätzung der Aussichten des Ost-Westhandels hängt zum Teil von dem Ergebnis einer Untersuchung des Wandels ab, der sich in der sowjetischen Einflußsphäre seit Stalins Tod vollzogen hat. Einige englische Beobachter neigen zu einer optimistischen Auslegung der Ereignisse, aber im großen und ganzen überwiegt in gut informierten Kreisen eine skeptisch-realistische Haltung.

Die neue Handels- und Wirtschaftspolitik

Im Verlaufe der letzten sechs Monate des Jahres 1953 wurde überall in der russischen Einflußsphäre eine quantitativ und qualitativ bessere Versorgung mit landwirtschaftlichen und industriellen Verbrauchsgütern zugesagt. Es ist freilich nicht unbemerkt geblieben, daß die Erhöhung des Lebensstandards mehr durch die Verwendung eines gewissen Teils etwaiger Mehrproduktion als durch Errichtung neuer, besonders für diesen Zweck errichteter Industrieanlagen erreicht werden soll. Die Versorgung der Grundstoffindustrie mit Rohstoffen und das Ausmaß des Rüstungsprogramms dürften kaum beeinträchtigt werden. Da Preise gesenkt worden sind, ist die scheinbare Beschneidung des sowjetischen Verteidigungsbudgets für die Jahre 1953 und 1954 nicht notwendiger-

weise gleichbedeutend mit einem Rückgang im Volumen der Rüstungsproduktion. Die Ziele der neuen Wirtschaftspolitik sollen eher mit Hilfe erhöhter Leistung als auf Grund größerer Verschiebungen von der Schwer- auf die Leichtindustrie erreicht werden.

Dem Außenhandel wird nach wie vor eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Im Jahre 1953 belief sich der sowjetische Ein- und Ausfuhrhandel auf je etwa 11,5 Mrd. Rubel, d. h. 1% des Volkseinkommens — gegenüber 30% in Großbritannien. Einkäufe von Verbrauchsgütern in Übersee betragen 4,0 Mrd. Rubel oder 1% des Binnenhandelsumsatzes. Damit verbleibt ein Rest von 7,5 Mrd. Rubel für den Außenhandel mit Produktionsgütern. Aus dem Westen wurden Verbrauchsgüter lediglich im Werte von 1,0 Mrd. Rubel eingeführt. Dazu kamen Käufe von Produktionsgütern im Westen im Werte von 2,0 Mrd. Rubel, so daß die Gesamteinfuhr auf Grund eines dem wahren Verhältnis entsprechenden Wechselkurses etwa 150 Mill. £ oder 420 Mill. \$ betrug. Von diesem Betrag stammten Waren im Werte von etwa 310 Millionen \$ aus Westeuropa. In anderen Teilen der sowjetischen Einflußsphäre war der Handel mit dem Westen von etwas geringerer Bedeutung. Während das Volumen des zwischenstaatlichen Handels seit der Vorkriegszeit um etwa das Zehnfache gestiegen ist, beläuft sich das Volumen des Ost-Westhandels auf nur etwa die Hälfte seines Vorkriegsumfanges. Sein Wert betrug im vergangenen Jahre schätzungsweise etwa 1,1 Mrd. \$. Davon stammten etwa zwei Drittel aus Westeuropa (der Handel mit Ostdeutschland ist in diesen Zahlen nicht einbegriffen).

Das Angebot des sowjetischen Außenhandelsministers ist von der russischen Presse und dem rus-



VEREINSBANK IN HAMBURG AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 BETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

sischen Rundfunk weidlich ausgeschlachtet worden. Man kann annehmen, daß die Sowjetunion tatsächlich ernsthaft an der Ausdehnung ihres Außenhandels interessiert ist. Andererseits scheint es ziemlich klar zu sein, daß die von Kabanow genannten Zahlen eher Planziffern im russischen Sinne als einen Gradmesser für zukünftige Handelsumsätze darstellen. Seit geraumer Zeit haben sich die sowjetischen Unterhändler in den Handelshäusern Europas umgesehen und haben zuweilen ein Land gegen das andere ausgespielt. Wenn man für die Übertreibungen in Kabanows Angebot Abstriche macht, dann reduziert es sich auf eine Größenordnung, die etwa den im Jahre 1952 erzielten britischen Exporten und Reexporten nach Sowjetrußland entspricht. Ein Außenhandel in dieser Größenordnung scheint durchaus in den Grenzen des Möglichen zu liegen.

Die sowjetischen Einfuhrwünsche

Wenn man die Liste der sowjetischen Angebote Punkt für Punkt durchgeht, dann scheint die Nachfrage nach Schiffen und Kraftwerken, nach maschinellen Anlagen und Werkzeugmaschinen, nach Geräten für die Erzeugung von Verbrauchsgütern und nach Rohstoffen durchaus ernst gemeint. Was in Zweifel gezogen werden muß, ist das Ausmaß der Einfuhren, die Zeitspanne, für die sie vorgesehen sind, und die Beweggründe, die zu ihnen geführt haben. Die vorliegende Liste gibt keinen Anhalt dafür, daß die Struktur des Handels für längere Zeit beibehalten werden dürfte. Im Gegenteil sind darin verschiedene Posten enthalten, die darauf hindeuten, daß die technischen Büros der Sowjetunion über den neuesten Stand der Entwicklung in England auf dem laufenden gehalten werden sollen. Hoffnungen auf ausgedehnten und anhaltenden Handel, wie sie unter Produzenten und Kaufleuten bestehen, könnten nur allzu leicht zu Enttäuschungen führen. Während das einigen Geschäftsleuten zunächst nicht ganz klar war, wächst jetzt langsam das Verständnis für die Gefahren, die in einer Umleitung von Geschäftsabschlüssen auf so unsichere Märkte wie die sowje-

tische Einflußsphäre liegen. Die von Geschäftsleuten in anderen Ländern (z. B. Schweden) erlittenen Enttäuschungen bedeuten einen Fingerzeig in dieser Richtung.

Was haben die Satelliten davon?

Soweit mit einer Zunahme des Handels mit der Sowjetunion gerechnet werden kann, wird sie in der Hauptsache auf Kosten der anderen Länder der sowjetischen Einflußsphäre erfolgen. Das bestätigt sich, wenn man die offiziellen sowjetischen Erklärungen einer näheren Betrachtung unterzieht. Nach den Schätzungen Nesterows, die er auf der Moskauer Konferenz vorlegte und in jüngster Zeit in der sowjetischen Presse wiederholte, ist damit zu rechnen, daß der Handel zwischen der sowjetischen Einflußsphäre und der übrigen Welt in den nächsten drei Jahren nur mäßig, nämlich im besten Falle um 50 %, über das niedrige Niveau der letzten Jahre steigen wird. Damit wird das Handelsvolumen mindestens 50 % und höchstens 70 % des Vorkriegsstandes erreichen. Demgegenüber dürfte der zwischenstaatliche Handel schätzungsweise vier- bis sechsmal so groß sein wie vor dem Kriege. Demnach wird wohl das Übergewicht des zwischenstaatlichen Handels nach wie vor bestehen bleiben. Selbst wenn Nesterows weitgesteckte Voraussagen sich bewahrheiten sollten, dürfte sich der Außenhandel der Sowjetunion innerhalb und außerhalb ihrer Einflußsphäre nur auf kaum 2 % ihres Volkseinkommens belaufen.

Die Zunahme im Außenhandel wird in der Hauptsache der Sowjetunion zugute kommen, die einen Anteil von 40 % am Gesamt-handel der sowjetischen Einflußsphäre haben wird. Im Vergleich dazu werden die Länder Osteuropas auf eine Position gedrängt werden, die weit unter dem von ihnen vor dem Kriege in ihrem Handel mit der Außenwelt eingenommenen Platz liegen wird. Diese Handelsstruktur bedeutet, daß die Sowjetunion ihre Herrschaft über die Wirtschaft ihrer Satelliten beibehalten will und Verbesserungen im Handel mit dem Westen ausschließlich zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen gedenkt.

Mangel an Ausfuhrsgütern

Die jüngsten Wandlungen in der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion und der Länder Osteuropas dürften kaum zu nennenswerten Verbesserungen führen. Die Getreideausfuhr könnte lediglich auf Kosten der neuen Agrarpolitik erhöht werden, die auf die Erzeugung tierischer Produkte abgestellt ist und die für die Sowjetunion allein einen zusätzlichen Bedarf von 4 Mill. t Futtergetreide bedeutet. Die Ausfuhr von Holz, die sich zur Zeit auf nicht mehr als 10 % des Vorkriegsstandes beläuft, könnte ausgedehnt werden. Aber auch das dürfte nur auf Kosten der nationalen Bauprogramme möglich sein. Letzten Endes könnte Gold zur Deckung des Handelsdefizits verwendet werden. Zur Zeit beläuft sich die sowjetische Goldproduktion auf den Gegenwert von etwa 150 Mill. \$ jährlich, und es dürften beträchtliche Goldreserven vorhanden sein. Aber bisher hat Sowjetrußland sie im Zuge kurzfristiger Maßnahmen verwendet, nicht jedoch als Teil ihrer normalen Handelsusancen. Abgesehen davon, daß es ihnen an wichtigen Ausfuhrsgütern fehlt, haben die Länder Osteuropas kein Gold zur Verfügung, und sie dürften infolgedessen im Falle einer zukünftigen Handelsausdehnung weiterhin an zweiter Stelle stehen.

Im Vergleich zu der Unfähigkeit der sowjetischen Einflußsphäre, Exportgüter in ausreichenden Mengen zu Konkurrenzpreisen anzubieten, stellen die strategischen Kontrollen, die von den Ländern des Westens im Interesse ihrer Sicherheit eingeführt worden sind, relativ unbedeutende Hindernisse dar. In Großbritannien wurden Ausfuhrkontrollen zuerst im April 1949 eingeführt. Damals wurde der Handel mit Ausrüstungen und Material militärischer Art nach Ländern der sowjetischen Einflußsphäre von der Gewährung von Ausfuhrlicenzen durch die Regierung abhängig gemacht. Im September 1950 gab der Handelsminister das Bestehen der COCOM. (der wirtschaftlichen Komponente der NATO.) bekannt, deren Aufgabe es ist, die Politik der strategischen Kontrollen unter den Mitgliedsstaaten (einschließlich der

Bundesrepublik und Japans) zu koordinieren. Nach Ausbruch des Krieges in Korea wurden Ausfuhr nach Nordkorea unterbunden. Später wurde in Übereinstimmung mit dem von der UNO. verhängten Embargo über Kriegsmaterialien und Waren, die für die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsgeschützen verwendbar sind, die Kontrolle auf den Handel mit China ausgedehnt.

Die Politik hat den Vorrang

In England kann man häufig das Argument hören, daß eine Lockerung der Wirtschaftskontrollen möglicherweise zu einer Verbesserung der politischen Atmosphäre führen würde. Das könnte sehr wohl der Fall sein, wenn der Ost-Westhandel mehr wäre, als er wirklich ist: ein unbedeutender, wenn auch willkommener Teil der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Solange die Länder der sowjetischen Einflußsphäre ihre Störungsversuche in der Außenwelt fortsetzen, werden strategische Sicherheitsmaßnahmen weiterhin notwendig sein. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen ist von einer Verbesserung im politischen Sektor abhängig und nicht umgekehrt.

(-t)

Deutschland und die Embargolisten

Es ist noch nicht zu übersehen, ob die inzwischen abgeschlossenen Ost-West-Handelskonferenzen in London und Genf wesentliche Änderungen im Ausmaß des Waren-austausches zwischen Ost und West bringen werden. Als sicher dürfte zunächst nur anzusehen sein, daß die gegenwärtigen Beratungen in Paris zu einer Kürzung der Embargoliste nach den Ostblockstaaten führen werden, wobei allerdings China nicht eingeschlossen ist. Man erwartet ferner, daß eine Reihe von Waren aus der quantitativen Embargoliste gestrichen und daß die absolute Embargoliste, in der zur Zeit noch verschiedene Maschinen, technische Ausrüstungen und Schiffe enthalten sind, auf tatsächliches Kriegsmaterial reduziert wird.

Die von den USA. erhoffte Wirkung des Embargos — wirtschaftliche und strategische Schwächung des Ostblocks — trat nicht ein und



Auskunft erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer

konnte wohl auch nicht eintreten. Sie ließ der Sowjetunion gewisse Engpässe deutlich werden und gab den Anreiz zur Aufnahme bzw. Intensivierung der betreffenden Produktionen und zwang zu einer beschleunigten Realisierung der großräumigen Wirtschaftsplanung und -lenkung, zu einer Abstimmung der Produktion aller abhängigen Staaten. Darüber hinaus dürfte es für die Sowjetunion immer noch Bezugsmöglichkeiten über Länder gegeben haben, die nicht den Embargobestimmungen unterliegen, vor allem über die handelsvertraglich stärker mit dem Westen verbundenen Volksdemokratien, zumal in einer Lenkungswirtschaft auch hohe Einfuhrpreise keine wesentliche Rolle spielen.

Benachteiligung Westdeutschlands

Bis zum Sommer 1953 war die Bundesrepublik infolge strengere Interpretation und Handhabung der

Embargolisten im Handel mit den Oststaaten im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern stärker benachteiligt. Aber auch seit der einheitlicheren Durchführung des Embargos im Sommer 1953 ist die Gleichstellung nur theoretisch, da sie die beteiligten Länder je nach ihrer Wirtschafts- und Exportstruktur unterschiedlich treffen muß.

Die deutsche Wirtschaft ist jedoch an einem möglichst weiten Export, besonders an Gütern mit einem hohen Anteil von Arbeitskosten, nach dem Osten interessiert, nicht nur aus traditionellen, sondern auch aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft. Sicherlich wird das Volumen auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung im Ostblock und dessen Autarkiepolitik sowie der unzureichenden Lieferfähigkeit begrenzt bleiben, aber es sollte jede Möglichkeit genutzt werden.

Das schnelle Erreichen der Swing-Grenzen seitens mehrerer osteuropäischer Vertragspartner der Bundesrepublik hat zwar Hemmungen

im gegenseitigen Warenverkehr gebracht und zeitweilig zum deutschen Ausfuhrstopp geführt, es sollte aber Deutschland nicht davon abhalten, seine Vertragspolitik, besonders im Hinblick auf die eventuelle Kürzung der Embargolisten, zu intensivieren und auch auf die Sowjetunion auszudehnen, wenn dies zunächst auch nur über den Ostausschuß (ähnlich dem Abkommen mit Rumänien) geschieht.

Bei dem unzureichenden statistischen Material über die Ostblockstaaten läßt sich leider kein zufriedenstellendes Bild über den überhaupt möglichen Ost-Westhandel gewinnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Sowjetunion ihr Versprechen auf der letzten ECE-Tagung über eine großzügigere Publikation halten wird.

Fragwürdiges China-Embargo

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Situation des Chinahandels. In den Jahren 1952—1953 war es gelungen, eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen und eine Ausweitung des Warenaustausches zu schaffen. Die Aufhebung der Zahlungssperre seitens der Bank deutscher Länder im Januar 1953 sowie die Möglichkeit, den Zahlungsverkehr über London abzuwickeln, führten zu einem beachtlichen Anstieg des deutsch-chinesischen Außenhandels im Jahre 1953 und berechtigten zu der Hoffnung, sich dem Vorkriegsniveau allmählich zu nähern. Es konnten immerhin im letzten Jahre für 79 Mill. DM deutsche Erzeugnisse nach China direkt exportiert werden. Um so empfindlicher wurde

Deutschland im August 1953 durch die erweiterte spezielle Embargoliste für China, besonders durch das totale Eisen- und Stahlembargo und die Ausfuhrschränkung für Maschinen, elektrotechnische und optische Artikel, getroffen. Die zusätzlichen Positionen der Embargoliste betrafen gerade typische deutsche Exportgüter. Für manche Exporterzeugnisse, wie beispielsweise optische Geräte, schob sich inzwischen die Schweiz, die kein Mitglied des CHINCOM ist, in den Markt ein. Auch Frankreich und die Niederlande sind weniger stark getroffen und intensivieren den Warenverkehr durch Kontrakte mit der China National Export Corporation in Ostberlin. China selbst beschaffte sich einen Teil der dringlichen Einfuhrwaren über Polen und die Tschechoslowakei. Die Bundesrepublik hatte daran kaum einen Anteil, weil sie durch kontingentierte Handelsabkommen mit diesen Ländern gebunden war, während sich für Großbritannien und Belgien beispielsweise indirekte Liefermöglichkeiten ergaben. Der deutsche Chinahandel wird noch in weiterer Hinsicht im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern zusätzlich behindert, und zwar durch die „List of Prohibited Cargoes“, die für eine Reihe von Erzeugnissen den Transport auf britischen Schiffen verbietet. Diese Liste stimmt jedoch nicht mit der Embargoliste überein, so daß sich in der Praxis die Verbotsliste für deutsche Waren wesentlich erweitert, da deutsche Schiffe keine chinesischen Häfen anlaufen dürfen. Deshalb ist die legale Ausfuhr deutscher Erzeug-

nisse nach China in vielen Fällen nur über den Hafen Gdingen möglich. Der Landtransport über die Sowjetunion ist wegen der hohen Bahnfrachten praktisch ausgeschlossen.

Ist schon der von verschiedenen westlichen Kreisen erhoffte Erfolg der Embargopolitik gegenüber Osteuropa sehr zweifelhaft, so erst recht der Dauererfolg einer verschärften Embargopolitik gegenüber China. (Die zu erwartende Kürzung der Embargoliste soll China nicht mit betreffen.) Abgesehen davon, daß für China indirekte Einfuhrmöglichkeiten über die Sowjetunion bzw. die anderen Ostblockstaaten bestehen bleiben und im Falle einer Kürzung der Embargoliste für Osteuropa noch erhöht werden, hat man China damit zu einer noch stärkeren wirtschaftlichen Anlehnung an die Sowjetunion und zu einer beschleunigten Durchführung der Autarkiebestrebungen gezwungen. Gegenwärtig ist der Ostblock am chinesischen Außenhandel mit etwa 70% beteiligt. Selbst wenn man einen freien Handel später wieder zulassen würde, kann man kaum erwarten, daß die inzwischen eingespielten Wirtschaftsbeziehungen von China ohne weiteres wieder aufgegeben werden. Allerdings dürfte das wirtschaftliche Potential der Ostblockstaaten gegenwärtig und in naher Zukunft nicht ausreichen, um den chinesischen Investitionsbedarf in voller Höhe zu decken, so daß sich hier für die westeuropäischen Staaten erhöhte Absatzmöglichkeiten ergeben, die zur Zeit in beachtlichem Maße von Japan genutzt werden. (Nb)

Berichte von der Genfer Konferenz

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Schon acht Tage nach Beginn der Konferenz über Korea in der Salles des Conseils des einstigen Völkerbund- und nunmehrigen UNO.-Palastes war die ohnedies flau Redelust hüben und drüben erschöpft. Es wäre wohl zu viel gesagt, diese Rednerflaute — wie es geschehen ist — als ein schnell offenbar gewordenes Fiasko der Genfer Asienkonferenz anzu-

sprechen; gegen diese Auffassung spricht, daß das Schwergewicht der Verhandlungen in Genf von allem Anfang an nicht bei den Plenartagungen im Rätessaal des UNO.-Palastes unter den Augen der gerissensten und auch bedenkenlosesten Späher der Weltpresse gelegen hat, sondern bei den Besprechungen der „Großen“ (mit Einschluß Tschu En-Lais) hinter gut gepolster-

ten und abgeschlossenen Hotelzimmertüren und gelegentlich der einander reihum folgenden Essen der Delegationsleiter mit den nur allernächsten Mitarbeitern in ihren scharf bewachten und für Beobachter absolut unzugänglichen Villenresidenzen.

Ob aber nun Vollversammlungen der 19 Korea-Mächte im UNO.-Palast mit den meist wohltemperierten und nur vereinzelt geistig-